



*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,*

in dieser Woche war Haushaltswoche. Das heißt, abschließende Debatten, in denen die Haushälter gefragt sind und die Fachpolitiker gewöhnlich nicht allzu viel Stress haben. Wie so oft kommt es aber anders als gedacht. Aufgrund von noch nicht abgeschlossenen Gesetzen, die Anfang kommenden Jahres in Kraft treten sollen, fanden gerade in meinem Wirtschaftsbereich einige Sondersitzungen statt. Es ging zum einen um die Energiepreisbremsen für Wirtschaft und Verbraucher:innen, zum anderen um das Handelsabkommen mit Kanada, welches aufgrund des Abbruchs der Wirtschaftsbeziehungen mit Russland umso wichtiger wird.

Auch in meiner Funktion als Sprecherin für Sport war ich aufgrund des Starts der Fußball-WM in Katar eine gefragte Interviewpartnerin für die Medien. Die SPD-Fraktion hatte sich von Anfang an gegen eine Vergabe der WM an das Land ausgesprochen, da dort Menschenrechte, insbesondere die der Gasterbeiter:innen, Frauen und Personen aus der LGBTQ-Gemeinschaft, missachtet werden. Die FIFA interessierte sich aber wenig dafür und erteilte u.a. mittels Korruption Katar den Zuschlag. Seitdem wurden zwar Reformen in dem Land angestoßen, doch von vielen Arbeitgebern, darunter auch Europäischen, werden z. B. Arbeitnehmerrechte weiterhin missachtet. Ich stehe daher an der Seite der vielen Fußballfans, die die FIFA als internationalen Dachverband kritisieren und Reformen fordern.

Was sonst noch Thema diese Woche war, lest ihr im Folgenden.

Strompreisbremse kommt ab Januar!

Zusätzlich zur Gaspreisbremse kommt die Strompreisbremse. Beide gelten ab dem 1. Januar. Die Versorger werden sie aus abrechnungstechnischen Gründen aber erst im März rückwirkend umsetzen. Für Verbraucher:innen und kleine bis mittelgroße Unternehmen werden 80 % ihres Energieverbrauchs vom Vorjahr auf 40 Cent/kWh gedeckelt. Die durchschnittlichen Kosten für Strom liegen aktuell bei fast 43 Cent/kWh, aber es ist davon auszugehen, dass sie weiter steigen. Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr lagen sie bei ca. 36 Cent. Die Entlastung wird monatlich von den Versorgern direkt mit dem Abschlag verrechnet.

Auch Industrie und Großkunden sollen ab Januar entlastet werden: Hier werden die Strompreise bei 13 Cent/kWh zuzüglich Steuern, Abgaben und Umlagen gedeckelt und zwar für 70 % des Verbrauchs. Finanziert wird die Bremse u. a. durch die Abschöpfung von Gewinnen von Unternehmen, die Strom erzeugen.

Wer an Strom und Gas richtig spart und weniger als 80 % verbraucht, bekommt am Ende statt Nachzahlung sogar Geld zurück. Das ist ein guter Anreiz, um weiterhin zu sparen!

Weitere Entlastungen durch Inflationsausgleich

Mit dem Inflationsausgleichsgesetz gehen wir entschlossen gegen inflationsbedingte, ungewollte Steuerbelastungen – der sogenannten kalten Progression – vor. Damit ist eine Art schleichende Steuererhöhung gemeint, denn eine Gehaltserhöhung wird durch die Inflation aufgefressen, führt aber trotzdem zu einer höheren Besteuerung. Das bedeutet, dass man real weniger Geld in der Tasche hat, obwohl das Gehalt gestiegen ist. Daher erhöhen wir den Grundfreibetrag, den Kinderfreibetrag, den Unterhaltshöchstbetrag sowie den Freibetrag für den Solidaritätszuschlag, so dass für rund 48 Millionen Bürger:innen am Ende des Monats mehr übrig bleibt.

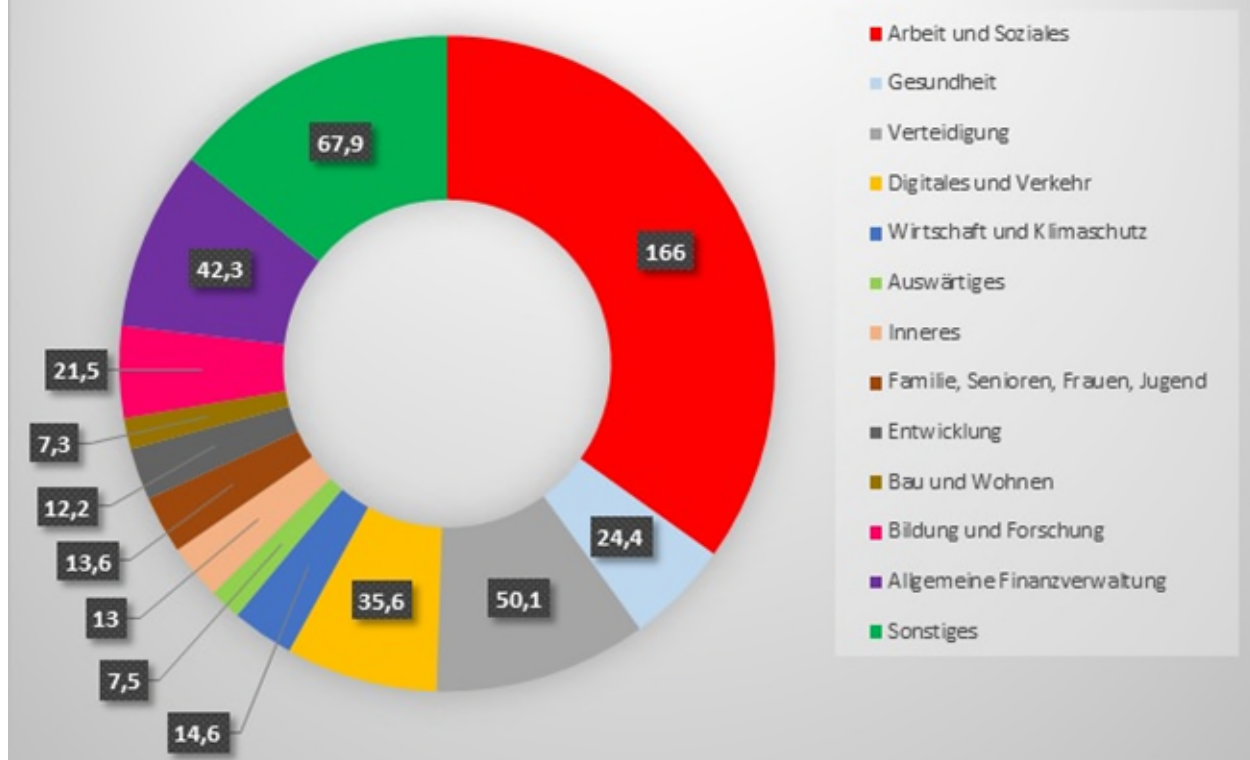
Kindergeld

Gute Neuigkeiten für Familien: Wir erhöhen das Kindergeld auf 250 Euro für jedes Kind – unabhängig davon ob Erstes, Zweites oder Drittes! Damit legen wir bei der Entlastung von Familien nochmal eine Schippe drauf und sorgen für die größte Erhöhung, die es beim Kindergeld je gab. Für eine Familie mit drei Kindern wäre das ein Plus von 1.044 Euro im Jahr. Angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten ist dies gerade für Familien mit niedrigem Haushaltseinkommen wichtig und es ist eine Leistung, die bleibt. Das Ziel dahinter ist, Kinderarmut konsequent zu bekämpfen. Die Erhöhung tritt zum 1. Januar 2023 in Kraft.

Der Haushalt für 2023 steht

Der Haushalt setzt in diesen schwierigen Zeiten ein klares Signal: Wir lassen niemanden allein! Wir geben damit die richtigen Antworten auf akute Probleme, ohne dringend notwendige Investitionen in den Zusammenhalt und den Kampf gegen den Klimawandel zu verringern. Einigen Unkenrufen zum Trotz halten wir somit an unseren Vereinbarungen im Koalitionsvertrag fest und bringen 2023 wichtige Vorhaben von uns auf den Weg, wie das Bürgergeld, die Erhöhung des Kindergeldes, die Wohngeldreform und vieles mehr. Im Folgenden stelle ich euch die wichtigsten Punkte kurz vor.

Bundshaushalt 2023



Arbeit & Soziales

Auch im Jahr 2023 ist dieser Etat mit einem Volumen von rund 166,2 Mrd. Euro der Größte im Bundshaushalt. Durch unsere Verhandlungen im parlamentarischen Verfahren haben wir ein Plus von 2,9 Milliarden Euro im Vergleich zum Regierungsentwurf erreicht. Die Mittel nutzen wir beispielsweise, um Jobcenter und die Bundesagentur für Arbeit zu stärken. Unser Kernanliegen ist, dass sie diejenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind, bei der Qualifizierung für Arbeit nachhaltig unterstützen. Zudem kann die Bundesagentur notwendig werdende Maßnahmen zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes ergreifen. Mit Zuschüssen in die Rentenkassen sorgen wir für stabile Renten. Darüber hinaus gibt es weitere wichtige Vorhaben, die wir finanzieren, wie das Bundesprogramm Barrierefreiheit, um für mehr Inklusion und Teilhabe im Alltag zu sorgen.

Wohnen

Am sozialen Wohnungsbau halten wir – wie versprochen – fest. Dafür stellen wir in den kommenden Jahren 14,5 Milliarden Euro bereit. Darüber hinaus wollen wir verstärkt genossenschaftliches Wohnen unterstützen. In 2023 stehen dafür 9 Millionen Euro zur Verfügung. Damit können auch junge Familien mit durchschnittlichem Einkommen Wohneigentum erwerben. Im parlamentarischen Verfahren haben wir erreicht, das Förderprogramm „Altersgerecht Umbauen“ mit 75 Millionen Euro für eine neue Förderrunde 2023 auszustatten. Ziel ist hierbei, dass ältere Menschen länger in den eigenen vier Wänden wohnen bleiben können.

Klima

Über den Klima- und Transformationsfonds stellen wir die Weichen für die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft. Allein für das kommende Jahr stehen gut 36 Milliarden Euro zur Verfügung, um unter anderem Gebäude zu sanieren, Heizungen zu modernisieren, den Automobilverkehr zu elektrifizieren und die Industrie klimaneutral umzubauen.

Für den Ausbau der Schiene konnten wir 1,5 Milliarden Euro zusätzlich mobilisieren, so dass 2023 insgesamt 10 Milliarden Euro in die Schiene fließen. Ziel ist die Verbesserung des Schienennetzes, aber auch eine bessere Auslastung. Zusätzlich gibt es Gelder für die Digitalisierung der Schiene und für den Mobilfunk in den Zügen. 100 Millionen Euro zusätzlich stellen wir kleinen und Kleinstunternehmen zur Verfügung, um von teurem Gas und Öl auf Strom umzusteigen. Das sind direkte Hilfen insbesondere für Bäckereien.

Sport

Als sportpolitische Sprecherin freue ich mich natürlich besonders über dieses Plus: Für das erfolgreiche Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ gibt es zusätzlich 400 Millionen Euro. Damit können weitere Projekte wie Sanierungen oder Ersatzneubauten von Schwimmbädern, Sporthallen, Jugendclubs oder Kultureinrichtungen gefördert werden. Außerdem erhält der Deutsche Behindertensportverband ein Mehr von 1,25 Millionen Euro. Zudem kann die Konzeption des vereinbarten Bundesprogramms gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit im Sport beginnen. Dafür sind ebenfalls Gelder hinterlegt.

Ein gewaltfreies Leben für Frauen

Beim Blick auf die Statistiken anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen sieht man noch immer ein trauriges Bild: In Deutschland wurden 2021 jede Stunde 13 Frauen Opfer der Brutalität ihres aktuellen oder ehemaligen Partners. 109 wurden getötet. Auf Bundesebene unternehmen wir einiges, um Frauen besser zu schützen. So soll es eine ressortübergreifende Strategie gegen Gewalt geben und eine staatliche Koordinierungsstelle. Zudem soll die Finanzierung von Frauenhäusern verstetigt werden. Dennoch sind wir alle gefragt, betroffene Frauen zu unterstützen, indem wir hinschauen und das Schweigen brechen: 08000 116 016 – darunter erreicht man das Hilfetelefon bei Gewalt an Frauen – oder 110 wählen!

Da ich zwei Wochen am Stück in Berlin bin, kann ich leider nicht bei euch und auf den Veranstaltungen in Dortmund sein. Trotzdem freue ich mich darauf, denn meine Familie kommt am Wochenende und wir werden die Weihnachtsmärkte in Berlin besuchen. In der nächsten Sitzungswoche wird mich dann die 4. Besuchergruppe aus Dortmund treffen. Zudem versuche ich, mit meinen Mitarbeiter:innen ein Weihnachtsessen zu organisieren, denn das Zwischenmenschliche darf auch in noch so schweren Zeiten nicht zu kurz kommen. In diesem Sinne drücke ich euch aus der Ferne und wünsche einen schönen ersten Advent!

Eure

Sabine